

Alisha Mendgen (RND): Echolalie statt seriösen Journalismus

Als Kind musste ich mir die Welt von mehr oder weniger kompetenten Eltern erklären lassen, jetzt als 80-Jähriger soll ich mir die Welt vom inkompetenten Nachwuchs erklären lassen, meint er. Ein Fallbeispiel: Alisha Mendgen.

»Alisha Mendgen, geboren 1996 in Hamburg, ist Korrespondentin im Hauptstadtbüro beim RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), wo sie auch ihr Volontariat absolviert hat. Als studentische Mitarbeiterin hat sie Artikel für die BILD und DIE ZEIT geschrieben. Zuvor hat Mendgen Kulturwissenschaften und Kunstgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. In ihren Texten hat sie vor allem kulturpolitische Fragen behandelt, setzt sich nun aber auch mit gesamtgesellschaftlichen Themen auseinander.« – So kann man dem Internet entnehmen.

Firmierte sie im September 2021 beim RND noch als Volontärin, so wird sie dort im Oktober 2022 als [RND-Gesundheitsexpertin](#) vorgestellt.

Inzwischen präsentiert sich die 26-Jährige als [Sachverständige für alle möglichen Themen](#).

Als Mitverantwortlicher für die „Überalterung Deutschlands“ sah ich mich bereits einige Male gezwungen, diesem journalistischen Nachwuchs zu widersprechen und ihm meinerseits die Welt zu erklären.

Eine Dokumentation:

Es begann am 05.09.2021. Die damalige Volontärin beim RND überschätzte offensichtlich ihre journalistische Qualifikation, indem sie uns Thema [„Entwicklungshilfe für Afghanistan \(nur unter strengen Bedingungen\)“](#) erklärte.

Im Stil von Fräulein Rottenmeier meinte sie: »Nach der Machtübernahme der Taliban fror die Bundesregierung Entwicklungshilfsgelder an Afghanistan ein. Nun sollten die Zahlungen aber unter strengen Bedingungen wieder aufgenommen werden, denn im Land droht eine Katastrophe. Berlin könnte so Einfluss auf Afghanistan nehmen.«

Alisha Mendgen begann, seriösen Journalismus durch Echolalie zu ersetzen, denn sie betete ausnahmslos die Kalauer der westlichen Sprachregelung nach, [wie übrigens für das RND-Mutterhaus seit dessen Gründung üblich](#).

Angesichts ihres beruflichen Statuses damals und der Tatsache, dass Alisha Mendgen zum Zeitpunkt der [verlogenen Einmischung](#) der „westlichen Wertegemeinschaft“ in den Afghanistan-Krieg 2001 gerade mal fünf (Jahre) alt war schrieb ich ihr meine erste E-Mail. Damals war ich ihr noch sehr wohlgesonnen:

Betreff: rnd.de, 05.09.2021, 15:31 Uhr | Entwicklungshilfe für Afghanistan nur unter strengen Bedingungen

Datum: Mon, 6 Sep 2021 18:52:06 +0200

Von: Jürgen Beineke <j.beineke@t-online.de>

An: alisha.mendgen@rnd.de

rnd.de, 05.09.2021, 15:31 Uhr

[Entwicklungshilfe für Afghanistan nur unter strengen Bedingungen](#)

- Nach der Machtübernahme der Taliban fror die Bundesregierung Entwicklungshilfsgelder an Afghanistan ein.
- Nun sollten die Zahlungen aber unter strengen Bedingungen wieder aufgenommen werden, denn im Land droht eine Katastrophe.
- Berlin könnte so Einfluss auf Afghanistan nehmen, kommentiert Alisha Mendgen.

Außerdem: **Ruhr Nachrichten vom 06.09.2021**

Hallo Alisha Mendgen,

es ist mein Respekt vor Ihrem Status (Volontärin), dass ich mich überhaupt mit Ihrem Text befasse und Ihnen diese Zeilen schreibe. Aber Sie haben noch ein ganzes Leben vor sich und sich für einen Beruf im politisch/medialen Agitations-Komplex

entschieden, der jeden Tag in verhängnisvoller Weise für kriegerische Einmischung des a-moralischen Wertewestens in souveräne Staaten die Fanfare bläst.

Ruhr Nachrichten | Castrop- Rauxel-Ausgabe vom 06.09.2021

Standpunkt

Entwicklungshilfe für Afghanistan? Unter strengen Bedingungen

Von Alisha Mendgen

Bevor die Taliban Kabul erobert haben, war Deutschland das zweitgrößte Geberland für Entwicklungshilfe in Afghanistan. Für 2021 plante die Bundesregierung unter anderem 375 Millionen Euro für Entwicklungshilfe am Hindukusch ein. Doch nachdem die Hauptstadt an die Islamisten gefallen war, setzte das Entwicklungsministerium die Zahlungen zunächst aus.

Zum damaligen Zeitpunkt war das richtig. Die Situation war noch chaotischer als jetzt. Es war unklar, in welche Hände die Gelder, die für Infrastrukturprojekte vorgesehen waren, fließen würden.

Doch nun sollte Berlin über das weitere Vorgehen nachdenken, die Afghaninnen und Afghanen dürfen auf lange Sicht nicht alleine gelassen werden. Im Land droht eine Katastrophe: Laut Welthungerhilfe benötigt mehr als die Hälfte der Bevölkerung Unterstützung zum Überleben. Die Lebensumstände der Afghanen müssen verbessert werden, auch wenn das Land künftig von Islamisten regiert werden sollte.

Bundesaußenminister Heiko Maas hatte den richtigen



»Die Lebensumstände der Afghanen müssen verbessert werden.«

Gedanken, den Taliban unter Bedingungen Hilfszahlungen in Aussicht zu stellen: Voraussetzung sei demnach eine Regierung, die nicht nur aus Taliban besteht. Menschen- und Frauenrechte sollten gewahrt werden, Afghanistan dürfe nicht zu einem „neuen Hort für Terrorismus“ werden, sagte der SPD-Politiker. Mithilfe dieser Forderungen könnte Berlin versuchen, Einfluss im Land zu nehmen und Menschen zu schützen. Es wird sich zeigen, ob die Taliban auf den Deal eingehen. Taliban-Sprecher Sabiullah Mudschahid sagte jedenfalls: „Wir wollen starke und offizielle diplomatische Beziehungen zu Deutschland.“ Wichtig ist, dass sie etwaige Absprachen dann auch einhalten.

Dieser Wertewesten – in Afghanistan nahezu 20 Jahre lang durch 54 NATO und Nicht-NATO-Staaten vertreten – hat seit 1999 nahezu eine Million abgeschlachtete Menschen und die zig-Millionen Heimatvertriebene, Ausgebombte, Flüchtlinge signifikant verursacht.

Was in Afghanistan, später auch im Irak und Syrien stattgefunden hat, war der bestialische Krieg neoliberal/kapitalistischer Barbaren gegen archaische Barbaren.

Rund 3.600 Soldaten der westlichen "Wertegemeinschaft" ließen bis 2020 in diesem Krieg ihr Leben. Auch sie sind mitverantwortlich dafür, dass in Afghanistan und im benachbarten Pakistan rund 241.000 Menschen umgebracht wurden. Die allermeisten Opfer waren Frauen, Kinder und Alte sowie Soldaten der regulären afghanischen Armee und Polizisten. Die Kriegskosten für die USA betrug 2,3 Billionen (!) Dollar. Das ist mehr als das Hundertfache des jährlichen afghanischen Bruttoinlandsprodukts von 19 Milliarden Dollar.

Mehr als 66.000 gefallene afghanische Soldaten und 200.000 Verwundete halfen dabei, "Deutschlands Freiheit am Hindukusch" zu verteidigen.

Das ist der Hintergrund vor dem Sie (die Volontärin) das Zeitgeschehen beurteilen und es z.B. mir, einem 79-jährigen Mann, mit Veröffentlichungen erklären will. Die Frage nach Ihrem historischen Bewusstsein muss gestattet sein.

Dass zehntausende afghanischer Frauen mit ihren Kindern bei US-Drohnenangriffen von US- und NATO-Soldaten massakriert wurden, war dagegen kein vorrangiges Thema. Dass sich die Bundesluftwaffe seit Ende 2009 aktiv an den Bombenflügen der Royal Air Force im Süden Afghanistans beteiligt hatte und wahrscheinlich ebenfalls für den Tod ungezählter Frauen mitverantwortlich ist, hat beim politisch/medialen Agitations-Komplex keine Rolle gespielt.

Das ist der Hintergrund vor dem Sie (die Volontärin) das Zeitgeschehen beurteilen und es z.B. mir, einem 79-jährigen Mann, mit Veröffentlichungen erklären will. Die Frage nach Ihrem historischen Bewusstsein muss gestattet sein.

...

»Bevor die Taliban Kabul erobert haben, war Deutschland das zweitgrößte Geberland für Entwicklungshilfe in Afghanistan. Für 2021 plante die Bundesregierung unter anderem 375 Millionen Euro für Entwicklungshilfe am Hindukusch ein. Doch nachdem die Hauptstadt an die Islamisten gefallen war, setzte das Entwicklungsministerium die Zahlungen zunächst aus. Zum damaligen Zeitpunkt war das richtig. Die Situation war noch chaotischer als jetzt. Es war unklar, in welche Hände die Gelder, die für Infrastrukturprojekte vorgesehen waren, fließen würden.«

So etwas sagen Sie angesichts eines Zeitraumes von 20 Jahren kriegsbesetzter Zeit? Wieso ist das Land nach einer so langen Zeit denn immer noch so arm? Und wieso war das richtig, die sogenannte Entwicklungshilfe nach der Hauptstadtübernahme durch die Taliban – Islamisten, wie Sie sagen – einzustellen. So etwas kann man doch wohl nur sagen, wenn die Gelder vorher bestimmungsgemäß ankamen. Sollte Ihnen entgangen sein, dass die USA und ihre devoten Handlanger in Afghanistan der Korruption Tür und Tor geöffnet hatten?

Erkundigen Sie sich doch bitte einmal bei der Bundesregierung, wie viele Milliarden Euro aus Deutschland am Hindukusch eigentlich exakt verpulvert wurden – 7 Milliarden, 17 Milliarden, 47 Milliarden, X-Milliarden? Auch der Bundesrechnungshof weiß es nicht.

...

In den vergangenen zwanzig Jahren standen die USA und ihre Verbündeten dafür, dass die Afghanen vom Reichtum ihrer Bodenschätze nicht den geringsten Nutzen hatten. Jetzt nehmen die Ex-Besitzer und Ausbeuter ihre Opfer endgültig in den Würgegriff.

Die USA beschlagnahmten Afghanistans 6 Milliarden Dollar Währungsreserven und kassierten seinen Goldvorrat von 1,2 Milliarden Dollar. Der Zugang zum Internationalen Währungsfonds wurde gesperrt. Die Bundesregierung, herzallerliebste, hatte schon zu Jahresbeginn die Entwicklungshilfe für Afghanistan gestoppt. Und was schreiben Sie naiv: „Zum damaligen Zeitpunkt war das richtig“. Die EU hält eine weitere Milliarde Euro zurück. Drei Viertel der afghanischen Bevölkerung leben eh schon weit unterhalb der Armutsgrenze, teils in unbeschreiblichem Elend.

...

Haben Sie sich schon einmal für die US-amerikanischen, EU- und bundesrepublikanischen Sanktionen zum Aushungern der Bevölkerung des von ihnen kurz und klein geschlagenen Syrien interessiert. Das ist die Blaupause für das, was demnächst auch in Afghanistan geschehen wird.

Die Taktik des a-moralischen Wertewestens:

Ganze Nationen überfallen, ausrauben, ethnische und religiöse Gegensätze fürs Anzetteln von Bürgerkriegen nützen und damit "Failed States" (gescheiterte Staaten) schaffen, von denen aus sich die Weltregionen beherrschen lassen. Condoleezza Rice, von 2005 bis 2009 US-Außenministerin des Präsidenten George Dabbelju Bush, brachte diese Verbrechen auf den Begriff "kreatives Chaos schaffen". Gerne nehmen die USA dafür die Dienste krimineller Söldner und islamistischer Terroristen in Anspruch. Das Rezept bewährte sich für Washington nicht nur in Afghanistan, sondern später auch im Irak, in Syrien, Libyen, Sudan und Somalia.

...

Ich schreibe Ihnen das auch angesichts der Agitation Ihres Chefautors, Matthias Koch:

»Was aber soll werden aus einer Welt, in der die USA nicht willens und die Europäer nicht fähig sind, FÜR EIN MINDESTMASS AN STABILITÄT ZU SORGEN? Mit Blick auf Afghanistan entdecken viele Europäer jetzt, dass auch ein Mangel an militärischen Möglichkeiten in eine moralische Misere führen kann.«

Der Mann wirbt ganz skrupellos für militärische Aufrüstung nicht nur Deutschlands, und selbstverständlich spricht auch er nur von Verteidigung. Und ignoriert in seinem fanatischen Eifer, dass Deutschland mit all seinen kriegsbesetzten Aktivitäten seit 1999 KEINEN EINZIGEN VERTEIDIGUNGSKRIEG GEFÜHRT, sich allerdings an allen **Angriffskriegen** beteiligt hat – Selbst noch am Irakkrieg.

Mit besten Grüßen

Jürgen Beineke

...

Jüngst setzt sie sich mit der Räumung von Lützerath im Rheinischen Braunkohlerevier auseinander. Systemdevot erklärt sie: *»Dass die Ortschaft nun für die Kohlegewinnung abgebaggert wird, ist tragisch. Doch zur Wahrheit gehört: Die Dorfbewohner mussten schon vor längerer Zeit das Dorf verlassen, und Kohleverstromung ist leider weiterhin notwendig. Deutschland kann es sich aktuell nicht aussuchen, welche Energieerzeugungsquelle es nutzt, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.«*

Ich habe ihr folgenden E-Mail-Brief zugesandt:

Betreff: Ruhr Nachrichten | Castrop-Rauxel-Ausgabe vom 03.01.2022: Räumung von Lützerath

Datum: Tue, 3 Jan 2023 10:07:39 +0100

Von: Jürgen Beineke <j.beineke@t-online.de>

An: Mendgen Alisha RND <alisha.mendgen@rnd.de>

Ruhr Nachrichten | Castrop-Rauxel-Ausgabe vom 03.01.2022

Räumung von Lützerath – Fehler der Vergangenheit

»Doch zur Wahrheit gehört: Die Dorfbewohner mussten schon vor längerer Zeit das Dorf verlassen, und Kohleverstromung ist leider weiterhin notwendig. Deutschland kann es sich aktuell nicht aussuchen, welche Energieerzeugungsquelle es nutzt, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.«

Sagen sie mal, schämen Sie sich eigentlich nicht, so einen Schwachsinn loszulassen?

Ruhr Nachrichten | Castrop-Rauxel- Ausgabe vom 03.01.2023

Standpunkt

Räumung von Lützerath Fehler der Vergangenheit

Von Alisha Mendgen

Das Dorf Lützerath nahe des Braunkohletagebaus Garzweiler ist ein Symbol verfehlter, deutscher Energiepolitik. Dass die Ortschaft nun für die Kohlegewinnung abgebagert wird, ist tragisch. Doch zur Wahrheit gehört: Die Dorfbewohner mussten schon vor längerer Zeit das Dorf verlassen – und Kohleverstromung ist leider weiterhin notwendig.

Deutschland kann es sich aktuell nicht aussuchen, welche Energieerzeugungsquelle es nutzt, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Verantwortung für diese Situation tragen vergangene Bundes- und Landesregierungen, die die Energiewende hin zu mehr erneuerbaren Energien im Strommix nicht energisch genug vorangetrieben oder in Teilen sogar blockiert haben. Aber die Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre lassen sich nicht mehr rückgängig machen.

Und mit den Folgen müssen die nachfolgenden Generationen leben. Die Verbrennung von Kohle ist mit die klimaschädlichste Form der Energieerzeugung, und die wird zumindest in Nordrhein-Westfalen erst mal



»Die Fehlentscheidungen lassen sich nicht mehr rückgängig machen.«

noch mehr CO₂-Emissionen in die Luft pusten. Die deutschen Klimaziele stehen schon jetzt auf der Kippe, genauso wie das globale 1,5-Grad-Ziel. Die Bilder, die nun durch die Abbaggerung in die Welt getragen werden, stellen Deutschlands angestrebte Vorreiterrolle in der globalen Klimapolitik einmal mehr infrage.

Der Kompromiss, den Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck mit ausgehandelt hat, hat allerdings eine gute Seite: Der Kohleausstieg in NRW soll auf 2030 vorgezogen werden. Auch wenn es Zweifel gibt an den Berechnungen, wie viele CO₂-Emissionen durch den Deal eingespart werden, ist zu begrüßen, dass das Land diesen Weg geht. Das ist auch ein Symbol.

Hallo Alisha Mendgen,

es ist doch gerade die aktuelle Bundesregierung des bellizistischen »Parteienkartells aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN«, die uns die von ihr signifikant herbeigeführte aktuelle Energiemangelsituation überstülpt. Sie ist es doch, die es sich bzw. Deutschland ausgesucht hat, *welche Energieerzeugungsquelle es nutzt*, „um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten“.

Einzigartig verkommen dabei ist, die zuverlässige, 50-jährige Lieferung russischer Energie für ihre pathologische USA-Hörigkeit zu diskreditieren.

In Westeuropa wird inzwischen ein viermal höherer Gaspreis verlangt als in den USA. Deren superteures Flüssiggas erreicht inzwischen einen Anteil von 70 Prozent des westeuropäischen Gasimports. Unsere Abhängigkeit vom schmutzigeren, umweltschädlicheren und energieärmeren US-Fracking-LNG ist damit noch höher, als sie es jemals vom kalorienreicheren, ökologisch vernünftigeren und zugleich wesentlich preiswerteren russischen Leitungsgas gewesen ist.

Das ist doch der eigentliche Skandal.

Haben Sie eine Ahnung, wie viele Menschen im Rheinischen Braunkohlerevier in den vergangenen Jahrzehnten ihre Heimatgemeinden verlassen mussten, zwangsweise. Auch sie wurden in der Vergangenheit nicht gefragt – so wenig, wie die Bundes-Bürgerinnen und Bundes-Bürger aktuell. Und was schreiben Sie: *»Doch zur Wahrheit gehört: ...«* Der Widerstand der Bevölkerung dort sollte Vorbild sein für auch andere autoritär/politische Zumutungen.

Warum hinterfragen Sie in dieser Situation eigentlich nicht die Rolle des aufgeblähten deutschen Parlamentes, das seit (z.B.) 1998 alle Schweinereien deutscher Regierungen (ich erinnere an die Strangulierungspolitik unter dem Stichwort Austerität) abgesegnet und u.a. deutsche Soldaten Jahr für Jahr an den blutigen bellizistisch/verkommenen Abenteuern der USA und ihrer NATO beteiligt hat.

Merksatz: Diese Ampel Bundesregierung ist nichts anderes als die aktuelle Regierungs-Variante des bellizistischen »Parteienkartells aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN«. – Und Sie und Ihr Haus sind deren Werbeagentur zur Domestizierung des deutschen Volkes.

Mit eher unfreundlichen Grüßen
Jürgen Beineke

...

Die Zeit zwischen diesen beiden E-Mail-Erweiterungen von mir an Alisha Mendgen beträgt 16 Monate, während derer ich Ihr zusätzlich vier weitere Widerreden zugesandt habe. – Auf keine hat sie geantwortet.

Am 15.07.2022 beschäftigte sich die journalistische Newcomerin mit den sogenannten „Entlastungspaketen“ der Bundesregierung angesichts der von ihr signifikanten Belastung durch ihre angezettelten Energiemangelsituation und meint am Ende:
»Gleichzeitig ist eine klare Kommunikation nötig, dass nicht jede finanzielle Krise durch den Staat ausgeglichen werden kann. Der Haushalt ist nicht bodenlos, die Schulden von heute zahlen die Generationen von morgen.«

Mein Gott – wie naiv/anmaßend ihre maßlose Überschätzung angesichts dieses gigantischen Themas voller Lug und Betrug.

Schade, dass sie 2008 gerade mal über die Tischkante schauen konnte, als die Rettung der verbrecherischen Gangsterbanken weltweit Billionen kosteten. Die staatlichen Hilfen der Bundesrepublik bewahrten die Banken vor der Insolvenz, einige wurden sogar direkt mit Staatshilfe gerettet. In Deutschland beispielsweise die Hypo Real Estate oder die Commerzbank. Viele Bürgerinnen und Bürger, darunter auch ich, kritisierten das Verfahren als kriminell, da die Verluste des Bankengeschäfts sozialisiert (also von der Gesellschaft getragen), die Gewinne riskanter Geschäfte hingegen privatisiert wurden (also den Banken und ihren Managern zugutekamen).

18. Oktober 2008: Ein vom Deutschen Bundestag zwei Tage zuvor verabschiedetes Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) trat in Kraft. Wesentlicher Bestandteil des Gesetzes ist die Schaffung des sogenannten Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), der mit 480 Mrd. Euro ausgestattet ist. Aus diesem können bedürftige Banken bei Erfüllung bestimmter Auflagen die Gewährung von Garantien für ihre Verbindlichkeiten beantragen und sich durch die Veräußerung von Anteilen oder stillen Beteiligungen an den Fonds rekapitalisieren. Das Gesetz dient dazu, den Finanzsektor infolge der Vertrauens- und Liquiditätskrise zu stabilisieren.

5. Oktober 2008: Ein Konsortium deutscher Banken und der Bundesregierung verhinderte durch Kredite im Umfang von rund 50 Mrd. Euro eine Insolvenz der Hypo Real Estate. Das Kreditinstitut konnte im Vorfeld die Finanzierung des Kreditportfolios ihrer Tochter Depfa Bank nicht mehr sicherstellen.

7. April 2009: Als Ergänzung zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz wurde in Deutschland ein Gesetz zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (FMStErgG) verabschiedet. Es beinhaltet Regelungen zum schnelleren und flexibleren Einsatz von Stabilisierungsmaßnahmen. Außerdem wird die zeitlich eng befristete Verstaatlichung von Anteilen von Unternehmen des Finanzsektors gegen angemessene Entschädigung ermöglicht.

"Allein den Bund dürfte die Stabilisierung des hiesigen Finanzsektors bislang etwas mehr als 30 Milliarden Euro gekostet haben", [stellte Finanzminister Scholz 2018 fest](#). "Ähnlich hoch dürfte der Anteil der Länder sein. Die genaue Bilanz lässt sich erst ziehen, wenn alle Maßnahmen in einigen Jahren zu einem Abschluss gebracht worden sind."

Ich habe der Frau am 15.07.2022 einen E-Mail-Brief geschrieben:

Betreff:Entlastungspakete für die Bürger_ Der Haushalt ist nicht bodenlos

Datum: Fri, 15 Jul 2022 10:02:51 +0200

Von: Jürgen Beineke <j.beineke@t-online.de>

An: > Mendgen Alisha RND <alisha.mendgen@rnd.de>

Ruhr Nachrichten | Castrop-Rauxel-Ausgabe vom 15.07.2022

Entlastungspakete für die Bürger_ Der Haushalt ist nicht bodenlos

»Deutschland muss sich auf einen harten Herbst und Winter einstellen. Die überlagernden Krisen aus Rekord-Inflation, Gasknappheit und galoppierenden Energiepreisen werden sich in der zweiten Jahreshälfte wahrscheinlich zuspitzen. Das könnte in der Gesellschaft zu großen Verwerfungen führen.«

Sie transportieren in diesem Text aber auch wirklich alle Kalauer Ihres Hauses, das wird Ihre Redaktion freuen.

Hallo Alisha Mendgen,

die Wählerinnen und Wähler, die 1998 die erste rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer an die Macht brachten, wollten Frieden und eine sozialere Politik; sie bekamen Bomben auf Belgrad und Hartz IV.

Und auch am 8. Dezember 2021 schworen die neuen Ministerinnen und Minister: »Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes

wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.«
Stattdessen bekamen/bekommen ihre Wähler und der Rest des Volkes Deutschlands Beteiligung am hybriden Krieg gegen Russland übergestülpt: RUSSLAND MUSS RUINIERT WERDEN – SO DIE PERVERSE PAROLE.

Ruhr Nachrichten | Castrop-Rauxel-
Ausgabe vom 15.07.2022

Meinung

Freitag, 15. Juli 2022
PODO, Nr. 162, 28. Woche

Entlastungspakete für die Bürger Der Haushalt ist nicht bodenlos

Von Alisha Mendgen

Deutschland muss sich auf einen harten Herbst und Winter einstellen. Die überlagerten Krisen aus Rekord-Inflation, Gasknappheit und galoppierenden Energiepreisen werden sich in der zweiten Jahreshälfte wahrscheinlich zuspitzen. Das könnte in der Gesellschaft zu großen Verwerfungen führen.

Entscheidend wird sein, ob und wie gut die Entlastungspakete wirken, die vor einigen Monaten vom Koalitionsausschuss beschlossen worden sind. Doch bereits die letzten sechs Wochen haben gezeigt: Einige Maßnahmen laufen Gefahr, zu verpuffen – und andere sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. So warnt die Bundesnetzagentur vor einer Verdreifachung der Gasrechnung – ein Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher von um die 270 Euro und Einmalzahlungen für Transferleistungsempfänger werden kaum Abhilfe schaffen. Und auch der Tankrabbat wirkt nur partiell.

Steuererleichterungen und das 9-Euro-Ticket hingegen überzeugen mehr, weil sie sofortige Einsparungen für die Menschen bedeuten. Abwarten muss man bei den Zuschüssen, die noch nicht ausgezahlt worden sind: Dazu gehört die Energiepreispauschale von 300 Euro, die im September auf den Konten von Beschäftigten landen wird.

Doch auch, wenn Maßnahmen wie das 9-Euro-Ticket und der Tankrabbat die Menschen teilweise überzeugen, sind sie in ihren



**» Besonders für
Gutverdiener kann
es keine Geschenke
mehr geben. «**

Grundzügen als sozialpolitische Maßnahme falsch. Beides kommt nämlich nicht nur Bedürftigen, sondern allen Menschen zugute. Beim Tankrabbat werden sogar vor allem die Personen bezuschusst, die ein Auto mit besonders hohem Verbrauch fahren. Das Geld wäre besser in Hilfen für Bedürftige angelegt gewesen.

Wenn Tausende Euro für die Heizrechnung fällig werden, wird die Bundesregierung nicht um eine weitere Debatte über Entlastungen herumkommen. Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte kürzlich richtigerweise weitere Hilfen an, doch das nächste Mal sollte er sich besonders auf drei Gruppen fokussieren: Hartz IV-Empfänger, Geringverdiener und die untere Mittelschicht.

Gleichzeitig ist eine klare Kommunikation nötig, dass nicht jede finanzielle Krise durch den Staat ausgeglichen werden kann. Der Haushalt ist nicht bodenlos, die Schulden von heute zahlen die Generationen von morgen. Besonders für Gutverdiener kann es keine staatlichen Geschenke mehr geben.

Diese beängstigende Krise hat signifikante Verursacher, und die heißen Scholz, Habeck, Baerbock & Co. Und es sind deren Regelbrüche die sie scheinheilig Sanktionen nennen, die sie Putin-Russland überstülpen wollen, die dieses Desaster mutwillig herbeiführten. Die Putin'schen Antworten sind nach wie vor klar und deutlich – und folgerichtig.

Es ist keinesfalls so, wie sie suggerieren, dass Russland aus lauter Boshaftigkeit keine Rohstoffe bzw. kein Gas mehr an Deutschland und Europa liefern will und dass hierin die Wurzel der deutschen und europäischen Wirtschaftskrise liegt (Die substanzlose infantile und grüne Selbstdarstellerin Baerbock hat soeben bei einem ihrer vielen Fototermine wieder behauptet, Putin führe einen hybriden Krieg gegen den Westen) – Putin-Russland will erklärtermaßen auch weiterhin Rohstoffe liefern, wie Putin oft genug verlauten ließ – allerdings unter Bedingungen, bei denen es Regie führt. Immerhin liegt der Regelbruch mit dem niedlichen Namen Russland-Sanktionen beim Westen. Es will z.B. Rubel für seine Lieferungen, und es will durch Nord Stream 2 liefern, die unter ganz legalen Bedingungen zustande kam und gegen die Deutschlands und andere Russland-Phobiker die ganze Zeit gestänkert haben.

Russische Experten haben sich in Gesprächen mit RT gelassen über die Causa der in Kanada zurückgehaltenen Turbinen für die Gaspipeline Nord Stream geäußert. Es handele sich dabei in erster Linie um ein Problem für Deutschland und - falls Berlin im Ergebnis gezwungen sein wird, Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen - für den "kollektiven Westen"

....

In den letzten 30 Jahren sind infolge der ungebremsten Globalisierung unzählige wirtschaftliche Querverbindungen, Austausch von Waren und Know-how, Partnerschaften jeder Art zwischen West und Ost geknüpft worden. Jetzt wird mit regelwidrigen Sanktionen, Enteignungen, Zollschränken dieses ganze weltumfassende Gewebe von Rohstofflieferungen, Zulieferketten, Handelswegen wie mit einer Axt zerteilt.

Die EU-Kommission sitzt inzwischen an der Planung des siebten (!) Sanktionspakets – ohne auch nur einmal zu verifizieren, ob diese Methode denn die erwünschte Wirkung erzeugt.

Deutschland wird von einer Clique bellizistischer Hasardeure regiert

Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Robert Habeck betreiben ihr Hobby, nämlich die skandalöse Russlandvernichtung aus primitiv/infantiler Abhängigkeit und Erpressbarkeit vom Hegemon USA sehr fanatisch und haben damit den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland massiven Schaden zugefügt, was selbstverständlich von der politisch/mediale Clique bellizistischer Hasardeure geleugnet wird. So geht es lt. Habeck jetzt vor allem darum, "sich nicht über die Richtigkeit von Maßnahmen zu streiten, sondern ob wir Putin seinen Willen lassen". – Als würde sich ein Mann wie der russische Präsident von „dahergelaufenen“ Zeitgeist-Politikern wie Habeck und Baerbock beeindrucken lassen.

Eine politisch/mediale Clique bellizistischer Hasardeure in Deutschland stülpt Bürgerinnen und Bürger in ihrem Machtrausch Benimmregeln über, schaffen eine Unkultur der Nötigung – wie zuvor auch schon bei der vergifteten Coronadiskussion, denn – so ihre vergiftete Argumentation – Russland dreht uns sukzessive den Gashahn zu.

Ich bezeichne diese Politik und die sie promotende mediale Hofberichterstattung als entartet.

Die grünen Annalena Baerbock als deutsche Außenministerin und Robert Habeck als Stellvertreter des Bundeskanzlers sowie Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz im Kabinett Scholz z.B. sind für mich die Inkarnation des Bösen – gehören mit zu den gefährlichsten »Schurkenpolitikern« bzw. den »Politikern des Bösen« dieser Welt. (Die Assoziation zur George W. Bush's Terminologie ist gewollt). Eine politisch/mediale Clique, die sich auch den eigenen Völkern gegenüber skrupellos/verkommen verhält, ist ihrer Perversion verfallen und keiner logischen Argumentation zugänglich.

Was mich fassungslos macht, ist „das Schweigen der Lämmer“.

Mit eher unfreundlichen Grüßen
Jürgen Beineke

...

Am Freitag, 29. Juli 2022 veröffentlichte ein Autorinnen-/Autorenteam, bestehend aus Niklas Engelking, Johanna Apel, **Alisha Mendgen**, Felix Huesmann und Daniela Weichselgartner vom RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), eine schöne Fleißarbeit bezogen auf die zahlreichen skandalösen Defizit- und Mangelsituationen in der Bundesrepublik Deutschland und liefern [„eine Bestandsaufnahme an fünf Baustellen, die die Republik beschäftigen“](#).

Eine Fleißarbeit – zugegeben. Doch sie vergessen, sich für die Genese zu interessieren, vergessen die Kontextualisierung ihrer „Bestandsaufnahme“. Was sie hier zusammenfassend darstellen, ist eine Situationsbeschreibung nach u.a. 16-jähriger Kanzlerschaft von Frau Dr. Angela Merkel mit ihren unterschiedlichen Regierungskonstellationen, begann aber schon lange davor. Verantwortlich ist schließlich das uns allen bekannte »Parteienkartell aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNE« (Wagenknecht), gegen das spätestens seit 1998 niemand anstinken kann. Die politische Verantwortung lag von 1998 bis 2005 bei Rot-Grün, bei Schwarz-Rot von 2005 bis 2009 und bei und Schwarz-Gelb von 2009 bis 2013. Von 2013 bis 2021 erneut bei Schwarz-Rot.

Und es ist dasselbe »Parteienkartell aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN«, die sich heute scheinheilig als Retter aufspielt und die dafür ihre eigene Politik denunziert, als hätten sie damit nichts zu tun. Hubertus Heil, (2005 bis 2009: Generalsekretär der SPD) der scheinheilige Architekt des Almosenregelwerkes mit dem neuen Namen „Bürgergeld“ war seinerzeit ein glühender Anhänger seines Ziehvaters Gerhard Schröder und dessen rigides Hartz-IV-Regimes und spielt sich jetzt auf. Der hyperkinetische Professor. Dr. Lauterbach, heute Gesundheitsminister, gehört ebenfalls zu den langjährigen signifikanten Verursachern der Gesundheitskatastrophe und dem Medikamenten-Desastaster dieser Tage.

Ich erlaube mir, den fehlenden Part zum Zeitungsartikel des Autorinnen-/Autorenteam zu liefern: [Die Genese!](#) [Diese Erwiderung habe ich in meine persönliche Homepage als Blog eingestellt. Sie ist hier zu finden](#), so dass ich wg. der Länge auf eine Dokumentation auch in diesem Papier verzichte.

...

Freitag, 25. November 2022: [Alisha Mendgen und Eva Quadbeck veröffentlichen ihre Laudatio](#) auf das Almosenregelwerk mit dem neuen Namen „Bürgergeld“: *»Die Ampelkoalition verspricht durch das neue Bürgergeld einen Kulturwandel.«*

[Auch die diesbezügliche Erwiderung habe ich in meine persönliche Homepage als Blog eingestellt. Sie ist hier zu finden](#), so dass ich auch jetzt wg. der Länge auf eine Dokumentation auch in diesem Papier verzichte.

...

Woher könnten sie kommen?

Mehr Zuwanderung, höherer Renteneintritt, mehr Ausbildungen: Zunehmend verzweifelt sucht die Politik nach Rezepten gegen den Fachkräftemangel. Ein Scheitern würde Bürger noch mehr stressen – und den Standort Deutschland gefährden.

Von Alisha Mendgen

Wer seine Heizung austauschen lassen möchte, einen Kitaplatz für sein Kind benötigt oder eine pflegerische Betreuung für einen Angehörigen sucht, blickt vielerorts in volle Auftragsbücher, in ellenlange Wartelisten und in die Gesichter überarbeiteter Beschäftigter. Das belastet nicht nur potenzielle Kunden und die Angestellten, sondern die Wirtschaft insgesamt.

Laut einer Untersuchung des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) fehlten zwischen Juli 2021 und Juli 2022 bereits 537.923 qualifizierte Arbeitskräfte. Dem IW zufolge ist der Personal­mangel bei der Sozialarbeit und der Kinderbetreuung am größten – dicht gefolgt von der Altenpflege und Bauelektrik. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) zählt sogar insgesamt 1,8 Millionen offene Stellen.

„Der Arbeits- und Fachkräftemangel zieht sich längst quer durch alle Branchen“, sagte Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter vor einigen Wochen.

In manchen Branchen ist der Personal­mangel so groß, dass viele Beschäftigte wegen der hohen Arbeitsbelastung ihren Job nicht langfristig ausüben wollen: Wie aus einer Umfrage der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten hervorgeht, kann sich ein Drittel der Befragten keine Zukunft im Gastgewerbe vorstellen. Besonders in der Gastronomie hat die Corona-Krise für eine Verschärfung des Personal­mangels gesorgt, weil Beschäftigte die Branche verlassen haben und in andere gewechselt sind.

Der demografische Wandel

Doch der Hauptgrund für den Fachkräftemangel ist der demografische Wandel – und der wird in den nächsten Jahren immer stärker zum Problem werden, weil die Baby-Boomer-Generation in Rente geht. Bis 2035 verliert Deutschland sieben Millionen Arbeitskräfte, prognostiziert das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB). Das ist ein Siebtel des Arbeitsmarktes.

„Wir stehen vor entscheidenden Weichenstellungen in der Fachkräfteentwicklung“, sagt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Martin Rosemann. „Wir müssen aus eigenem Interesse das gesamte Fachkräftepotenzial im Inland ausschöpfen und Fachkräfte



aus dem Ausland anwerben.“ Die Ampelkoalition hat die Lösung des Fachkräftemangels als eines ihrer zentralen Projekte definiert und eine 36-seitige Fachkräftestrategie verfasst. So will die Regierung zum Beispiel die Ausbildung stärken. Dafür soll die Berufsorientierung frühzeitig und umfassend für alle Schülerinnen und Schüler ermöglicht werden. Das könnte beispielsweise dem Einzelhandel helfen, wo immer weniger neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden.

Seit Jahren sinkt die Zahl junger Menschen, die eine Ausbildung machen: Während noch 2011 etwa 561.000 Ausbildungsverträge geschlossen wurden, waren es 2021 nur rund 466.000, wie aus Daten des Statistischen Bundesamtes hervorgeht. Hinzu kommt, dass die Abbruchquote bei Ausbildungen Studien zufolge zuletzt bei etwa 25 Prozent lag, in Universitäten sogar bei 35 Prozent.

Ein noch wirksamerer Hebel ist nach Ansicht von Ökonomen die Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern. „Politik, Unternehmen und Gesellschaft sollten ihnen dringend die vielen Hürden aus dem Weg räumen, die einer stärkeren und erfolgreicheren Erwerbstätigkeit im Weg stehen“, mahnte

» Wir stehen in Konkurrenz mit anderen Staaten um die klügsten Köpfe der Welt.«

Ottilie Klein,
CDU-Sozialpolitikerin

» Wir brauchen eine jährliche Zuwanderung von 400.000 Menschen.«

Daniel Terzenbach,
Bundesagentur für Arbeit

DIW-Ökonom Marcel Franzsch jüngst bei einer Veranstaltung mit dem Familienministerium. Die Bundesregierung geht von mehr als 800.000 Frauen mit Kindern unter sechs Jahren aus, die ihre Arbeitszeit unter den richtigen Umständen erhöhen würden. Sie will Länder und Kommunen deshalb dabei unterstützen, mehr Kitaplatze zu schaffen. Franzsch sieht aber nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Hindernis, sondern auch das steuerli-

che Ehegattensplitting, von dem insbesondere Paare mit großen Gehaltsunterschieden profitieren.

Ein weiteres Ziel der Ampel ist, dass die Beschäftigten länger arbeiten. Kanzler Olaf Scholz (SPD) beklagte jüngst, dass zu viele Menschen bereits mit 63 in Rente gehen statt mit 67. Der frühere Renteneintritt kommt für Menschen infrage, die besonders lange in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Die Aufhebung von Scholz sorgte insbesondere in der SPD für Wirbel, die die Rente mit 63 in der großen Koalition 2014 durchgesetzt hatte. Es dauerte nicht lange, bis sich Parteikollege und Arbeitsminister Hubertus Heil zu Wort meldete und erklärte, dass es ihm keine Anhebung des Renteneintrittsalters geben wird.

Beispiel Schweden

Der spätere Renteneintritt ist bei Wahlen kein Gewinnerthema, viele würden es im politischen Berlin am liebsten unschiffen. Doch nach Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung gehen immer mehr Menschen in Deutschland früh in Rente. Aus Sicht von Arbeitsmarktexperten ist das ein Problem. Dem Arbeitskräfte-mangel könne man zu einem gewissen Teil entgegen-treten, wenn noch mehr ältere Menschen über 55 Jahre länger arbeiten wollen und könnten, sagte Daniel Terzenbach, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit. Als Beispiel nannte er Schweden, wo die Erwerbs-beteiligung älterer Menschen über 55 Jahren bei 76,9 Prozent liegt. „Wenn Deutschland sich dem annähert, würden dem Arbeitsmarkt 300.000 bis 600.000 zusätzliche Fachkräfte erhalten bleiben“, betonte er.

Die Bedingungen müssten so gestaltet werden, dass die Beschäftigten psychisch und physisch gesund bis zum



WIR SUCHEN

AB SOFORT

BAR & SERVICE
MITARBEITER
KÜCHENHILFEN

Problematische Pflege und Gastronomie: Hier werden bereits Probleme viele Mitarbeiter gesucht.

RENTENEINTRITT arbeiten könnten, mahnt Terzenbach. Digitalisierung und Automatisierung seien eine Chance. „Es gibt Tätigkeiten, die künftig durch Maschinen und Software übernommen werden können, etwa im Fertigungs- und Helferberreich.“

Die Fachkräfteeinwanderung ist aus Sicht von Experten eine zentrale Stell-schraube. „Wir brauchen eine jährliche Zuwanderung von 400.000 Menschen, darunter wären 260.000 Arbeitskräfte plus ihre Familien“, beziffert Terzenbach den Bedarf.

Jüngst stellte die Ampel die Novellierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vor, durch das die Koalition die Verwaltungsverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen vereinfachen möchte. Als Kern ihrer Reform sieht die Bundesregierung die Einführung einer Chancenkarte

Jeder Vierte will bleiben

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sind nach Angaben des Medienstiftes Integration mehr als eine Million ukrainische Menschen nach Deutschland geflohen.

Davon sind mehr als 50.000 Menschen regulär beschäftigt, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) im November mitteilte. Wie viele der registrierten Menschen noch in Deutschland sind, lässt sich allerdings nicht genau sagen. Zuletzt waren bei der BA 609.000 Ukrainerinnen und Ukrainer gemeldet.

Geflüchtete aus der Ukraine dürfen, anders als Geflüchtete aus anderen Ländern, sofort arbeiten. Sie müssen keinen Asylantrag stellen.

Die meisten verfügten über eine hohe berufliche Qualifikation, wie eine umfassende Befragung von August bis Oktober bestätigte. An der Studie „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland – Flucht, Ankunft und Leben“ nahmen mehr als 11.000 Ukrainerinnen und Ukrainer teil. Die Befragung lief von August bis Oktober.

Mehr als jeder dritte Kriegsflüchtling möchte für immer oder zumindest für mehrere Jahre in Deutschland bleiben und stünde dann auch langfristig dem Arbeitsmarkt zur Verfügung: 26 Prozent äußerten die Absicht, für immer in Deutschland leben zu wollen.

Viele der Geflüchteten befinden sich in Integrationskursen, um Deutsch zu lernen.

tikerin Ottilie Klein – eine fragwürdige Annahme. „Wir stehen in Konkurrenz mit anderen Staaten um die klügsten Köpfe der Welt“, betont Klein dagegen, „und an dieser Realität muss sich die Politik orientieren.“ Die Ampel solle die wahren Hürden der Fachkräftezuwanderung angehen – und zum Beispiel mehr Personal in den Ausländerbehörden einsetzen sowie schnellere Visa- und Anerkennungsverfahren ermöglichen.

„Brauchen Bleibekultur“

Die Wirtschaft hält darüber hinaus die schnellere Anerkennung von Berufsqualifikation für wichtig. Aus Sicht der Betriebe sei es erforderlich, „das Arbeiten mit beruflicher Qualifikation zu erleichtern, auch wenn ein ausländischer Abschluss nur teilweise gleichwertig ist“, sagte DIHK-Chef Peter Adrian.

Das bedeutet auch: Die deutsche Wirtschaft kann es sich nicht leisten, wahlweise zu sein – denn Deutschland erlebt die massenhafte Abwanderung von Fachkräften. Jährlich würden zwischen 750.000 und 900.000 Menschen Deutschland verlassen, beklagt BA-Vorstand Terzenbach. Das liegt seiner Meinung nach vor allem an der Stimmung im Land: „Neben einer Willkommenskultur brauchen wir auch eine Bleibekultur. Dafür braucht es mehr Investitionen in die soziale Integration.“

Fast ein Drittel der Beschäftigten denkt an Kündigung

Fast jede und jeder dritte Beschäftigte in Deutschland (28 Prozent) denkt einer Umfrage zufolge an die Kündigung in den kommenden drei bis sechs Monaten. Der wichtigste Grund dafür ist eine unzureichende Vergütung – dies gaben 39 Prozent derjenigen an, die an Kündigung denken, wie aus der Befragung der Unternehmensberatung McKinsey hervorgeht. 36 Prozent sagten, sie seien unzufrieden

mit ihren Führungskräften. Den Mangel an beruflicher Entwicklung und Beförderung nannten 34 Prozent.

Umgekehrt sind die drei wichtigsten Gründe für den Verbleib im Job demnach eine angemessene Vergütung – das sagten 50 Prozent –, Zuverlässigkeit und Hilfsbereitschaft im Team (39 Prozent) sowie Flexibilität (38 Prozent). Besonders der Wunsch nach Flexibilität ha-

be während der Pandemie stark zugenommen, sagt Julian Kirchherr von McKinsey.

Der hohe Anteil an Beschäftigten, die kündigen wollten oder auch in die innere Kündigung gingen, müsse die Unternehmen „wahrütteln“, sagte Kirchherr. „Wer sich jetzt nicht darum bemüht, seine Arbeitnehmenden zu halten, den wird die Rezession besonders einschneidend treffen.“ AFP

Nachfolgend meine Replik:

Betreff: Woher könnten sie kommen?

Datum: Thu, 22 Dec 2022 10:40:06 +0100

Von: Jürgen Beineke <j.beineke@t-online.de>

An: Mendgen Alisha RND <alisha.mendgen@rnd.de>

Ruhr Nachrichten | Castrop-Rauxel-Ausgabe vom 21.12.2022

Woher könnten sie kommen?

»Mehr Zuwanderung, höherer Renteneintritt, mehr Ausbildungen: Zunehmend verzweifelt sucht die Politik nach Rezepten gegen den Fachkräftemangel. Ein Scheitern würde Bürger noch mehr stressen – und den Standort Deutschland gefährden.«

Sie betreiben Echolalie statt Journalismus!

Hallo Alisha Mendgen,

der Arbeitsmarkt, wie wir ihn heute vorfinden, ist von den Politikerinnen und Politikern des »Parteienkartells aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN« seit Jahrzehnten und speziell seit 1998 gezielt unter dem Gesichtspunkt organisiert worden, Billig- bzw. Billigst-Löhner zur Maximierung der Unternehmensgewinne zu akquirieren. Die Ampelkoalition ist bekanntlich nur die aktuelle Variante dieses Kartells.

Bundeskanzler Gerhard Schröder prahlte vor dem World Economic Forum am 28. Januar 2005 in Davos: »Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.« Dafür organisierte das »Parteienkartell aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN« billigste Arbeitskräfte mit zum Teil Sklavenlöhnen, und Sklavenarbeitern, die selbst noch schlechter behandelt wurden als das Vieh, das sie zu schlachten hatten.

Haben diese Damen und Herren damals die Sozialhilfeklientel durch die Fäkalien gezogen, so ziehen sie und ihre mediale Entourage heute die Altenpopulation dieser Republik durch die Kloake, die Altersrenten für langjährig und besonders langjährig Versicherte ebenfalls.

Ausnahmslos alle Mangelsituationen in Deutschland (z.B. auch die Medikamentenkrise: In Deutschland fehlen 300 Medikamente) sind entstanden, weil die Damen und Herren des »Parteienkartells aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN« Finanzindustrie und Unternehmern über diverse Steueränderungen von 1998 bis 2013 in Höhe von ca. 490 Milliarden Euro beschenken wollten und dieses Geld dafür den öffentlichen Kassen entzogen. Dem Bund 197,67 Milliarden Euro, den Ländern 236,68 Milliarden Euro und den Gemeinden 56,00 Milliarden Euro.

Tatsache ist zudem:

Das Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland sinkt in seiner Tendenz seit 1960. Das wird von Politik und ihren medialen Werbeagenturen systematisch verschwiegen. Es liegt zwischen ca. 56 Mrd. Stunden 1960 und 62,7 Mrd. Stunden in 2019, obwohl das Erwerbspersonenpotential seit 1960 von rund 26 Mio. auf 45,6 Mio. Personen (Sept. 2022) und eine Erwerbstätigenquote von 79,9 Prozent in 2021 stieg, die 8,55 Millionen Arbeitnehmer der ehemaligen DDR eingerechnet.

Selbstverständlich kann man die Arbeit weiter um und auf 60 Mio. Erwerbspersonen umverteilen, dann braucht man der Philosophie von Frau Nahles und vieler Arbeitgeber nach in der Tat jährlich 400.000 Arbeitskraft-Importe. Hatte Deutschland unter Gerhard Schröder 2000 nicht sogar mal eine Green Card eingeführt.

Worum es also in Wahrheit geht, ist die Beschaffung von billigen und billigsten Arbeitskräften. Das sagen sie uns nicht. Hierfür dient auch die Polemik von Olaf Scholz gegen nicht-erwerbstätige Frauen. Er sieht z.B. „Steigerungspotenzial“ beim Anteil von Frauen am Arbeitsmarkt. Klar, die verrichten ja auch 2022 immer noch die „niedrigen Arbeiten“ und sind begehrte, billige Arbeitskräfte.

Dass der sogenannte Fachkräftemangel eine zweckdienliche Metapher ist, mit dem Unternehmen einen bereits straffen, internationalisierten Wettbewerb unter verfügbaren Arbeitskräften zu verschärfen suchen, um so die Konditionen, also die Arbeitsbedingungen oder die Entlohnung noch weiter drücken zu können, findet aktuell wie auch früher schon in der Debatte ebenso wenig Erwähnung. Bei einem wirklichen Fachkräftemangel, müssten die Reallöhne eigentlich viel stärker steigen, als das

im Billiglohnland Deutschland seit Jahren der Fall war.

Der sogenannte Fachkräftemangel – und das sollte auch Ihnen klar sein – könnte ganz einfach über angemessene Entgelte und Arbeitsbedingungen behoben werden. Wenn man die Leute anständig behandelt und bezahlt, laufen sie einem auch nicht weg.

Gratulation im Übrigen Ihnen. Firmierten Sie im September 2021 beim RND noch als Volontärin, so sind Sie spätestens seit Oktober [RND-Gesundheitsexpertin](#).

Mit eher unfreundlichen Grüßen
Jürgen Beineke

Siehe auch: [Science-Fiction statt seriöser Fakten - Die Irreführung des RedaktionsNetzwerk Deutschland \(RND\)](#)